

Erlanger Wissenschaftler zur aktuellen Türkei-Debatte:

„Hier ist kein Platz für Wahlkampfauftritte“

NÜRNBERG – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan beschimpft nahezu täglich europäische Regierungen. Doch viele Deutsch-Türken bejubeln ihn. Die NZ sprach darüber mit Dr. Hüseyin Çiçek, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Islam und Recht der Universität Erlangen.

NZ: Herr Çiçek, wie beurteilen Sie aktuell die Stimmung unter den Türken in Deutschland?

Hüseyin Çiçek: Die ganze Situation ist hoch emotional. Sie eskaliert durch die Diskussion um die Auftritte türkischer Politiker. Populistische Parteien von rechts und links haben die Diskussion genutzt, um der türkischen Gemeinschaft in Deutschland vorzuwerfen, sich nicht gut genug integriert zu haben und türkische Politik nach Deutschland zu holen. Ein schwerer Vorwurf. Warum sollten die drei Millionen Türken in Deutschland kein Interesse an der Politik der Türkei haben?



Hüseyin Çiçek

NZ: Die Erdogan-Begeisterung vieler Deutsch-Türken ist befremdlich, zumal hier ja sehr kritisch über ihn berichtet wird.

Çiçek: Das hat auch mit der Einwanderungsgeschichte zu tun. Es ist eine Mitte-rechts-Wählerschaft, die hier der AKP nahesteht. Viele Einwanderer kamen damals aus Gegenden, die einer solchen Politik zugetan sind. Das hat sich auch über die vielen Jahre so gehalten.

NZ: Die Menschen sind seit mehreren Generationen da, viele sind hier geboren und zur Schule gegangen. Und sie haben Zugang zu kritischen Medien – scheinen sie aber nicht zu nutzen.

Çiçek: Das würde ich gar nicht sagen, dass die deutschen Medien von der Einwanderungsgesellschaft im Gesamten oder in einem Teil nicht wahrgenommen werden. Ganz im Gegenteil. Gleichzeitig besteht ein großes Interesse an dem, was in der Türkei passiert, und hier werden verschiedene Kanäle genutzt. Auch Sender, die ganz gezielt eine Emotionalisierung der Ereignisse forcieren. Das alles ist aber kein Desinteresse an Deutschland, sondern ein Interesse an der Türkei.

NZ: Sie sagten einmal, viele Deutsch-Türken würden ihre Identität „situationselastisch“ definieren: Je nach Situation fühlen sie sich mehr als Türken oder als Deutsche. Im Moment redet jeder über Erdogan, fühlt man sich jetzt eher als Türke?

Çiçek: Es gibt verschiedene Gründe, warum sich die Leute jetzt viel stärker für die Türkei einsetzen. Da gibt es den gescheiterten Putsch, die

Nahostkrise und vor allem den Syrienkrieg. Es war ja das Ziel der Türkei, Assad abzusetzen, mittlerweile wird das schwierig. Die Türkei muss sich mit Russland arrangieren, während Deutschland gezielt mit Kurden zusammengearbeitet und sie bewaffnet hat. Es geht also nicht nur um Erdogans Referendum, sondern auch um den Kontext. Viele, die sonst nicht mit Ja gestimmt hätten, tun dies nun vielleicht doch. Weil sie finden, dass die politischen Herausforderungen derzeit so groß sind, dass man einen starken Mann an der Macht braucht.

NZ: Erdogan inszeniert sich auch als starker Fürsprecher der Deutsch-Türken. Im Streit um die Auftrittsverbote sagte sein Außenminister Çavusoglu sogar, Türken würden in Deutschland systematisch unterdrückt.

Çiçek: Die AKP muss nicht nur ihre Wählerschaft mobilisieren, sondern auch die Unentschlossenen überzeugen. Und das gelingt, wenn man zum Beispiel sagt: Im Ausland werden terroristische Gruppen unterstützt, die uns gezielt schwächen wollen. Und indem man den Wählern sagt: Wir würden euch ja gerne besuchen und mitteilen, was läuft und was wir vorhaben, aber wir dürfen nicht. Das alles nutzt der AKP.

NZ: Kann die Behauptung, dass Türken in Deutschland unterdrückt werden, bestimmte Emotionen verstärken? Fühlen sich viele hier als Bürger zweiter Klasse?

Çiçek: Es gibt sicher einen Teil innerhalb der türkischen Gesellschaft, der sich aufgrund individueller Erfahrungen ausgeschlossen fühlt. Es gibt Ausländerfeindlichkeit, aber von einer systematischen Ausgrenzung kann man natürlich nicht sprechen. Das muss man im Kontext sehen mit dem Vorwurf an die deutsche Regierung, zu wenig gegen die PKK und die Gülen-Bewegung zu tun.

NZ: Soll man die Auftritte türkischer Politiker hier zulassen oder verbieten?

Çiçek: In den Niederlanden ist Mark Rutte kurz vor der Wahl radikal nach vorne geprescht, weil ihm Geert Wilders im Nacken sitzt. In Deutschland finden zurzeit Gottseidank keine Wahlen statt. Die Situation ist nichtsdestotrotz emotionalisiert. Weil eben die Türkei Deutschland vorwirft, ein sicherer Hafen für terroristische Vereinigungen zu sein. Deutschland sollte sich hier nicht emotional positionieren, sondern gemäß seines Rechtssystems. Es ist kein Platz hier für Wahlkampfauftritte. Auch das türkische Gesetz verbietet ja solche Auftritte. Einen anderen Staat als nationalsozialistisch zu bezeichnen und trotzdem dort auftreten zu wollen? Diese Rhetorik der Anschuldigungen muss aufhören. Aber derzeit ist gar kein Gespräch möglich, es heißt immer „wir gegen sie“.



Die Debatte um die Auftritte türkischer Politiker spielt ihm in die Hände, doch eine Mehrheit für das Referendum scheint Erdogan noch nicht zu haben. Foto: afp

NZ: Das ist Erdogans Strategie, und nachdem er sie unbeirrt weiter verfolgt, scheint sie erfolgreich zu sein.

Çiçek: Durchaus. Unabhängig davon, ob man die AKP-Politiker nach Europa lässt oder nicht. Wenn sie hereingelassen werden, dann heißt es: Wir beugen uns nicht, unsere Stärke hat gesiegt, wir können auftreten. Wenn sie nicht auftreten können, dann kann man sich als Opfer inszenieren. Beide Möglichkeiten spielen nicht nur der AKP, sondern rechtspopulistischen Parteien in der Türkei und in Europa in die Hände.

NZ: Merkel nannte die Nazi-Vergleiche in ihrer ersten Reaktion lediglich „deplatziert“. Sollte sie klarere Kante zeigen?

Çiçek: Ich glaube, dass Merkel gut reagiert hat. Sie war sehr klar, hier liegt das Problem auf der türkischen Seite. Ich würde mir wünschen, dass diese zurückrudert. In einem postfaktischen Zeitalter, wo sehr viele Falschmeldungen kursieren und mit Emotionen Politik betrieben wird, braucht man einen kühlen Kopf. Die Bundeskanzlerin hat hier sehr gut gehandelt.

NZ: In der türkischen Presse wird das nicht honoriert. Gibt es dort überhaupt noch kritische Medien?

Çiçek: Ja, im Internet. Über Twitter kann man das gut verfolgen. Aber es sind viele Journalisten inhaftiert, und sie werden vor dem Referendum wahrscheinlich nicht mehr entlassen.

NZ: Auch die Wirtschaft leidet massiv unter Erdogans Kurs. Dennoch wird er von vielen bejubelt.

Çiçek: Man muss bedenken, dass die Türkei mit Truppen in Syrien operiert, sie ist Teil eines bewaffneten Konfliktes an ihren Grenzen. Wie in vielen anderen Ländern gilt: In Zeiten, in denen das Land Krieg führt, ist die Wählerschaft auf Zusammenhalt bedacht und geht nicht massiv gegen ihre Regierung vor. Auch die vielen Anschläge von linken Gruppierungen und Dschihadisten erhöhen das Bedürfnis nach Gemeinschaft. Erdogan hat die besseren Worte und Strategien, um die Leute an sich zu binden. Und durch den Ausnahmezustand kann er besser gegen Kritik vorgehen.

NZ: Von außen sieht es so aus, als habe Erdogan das Land hinter sich. Doch der Ausgang des Referendums könnte laut Umfragen knapp werden. Es gibt offenbar doch viele Skeptiker.

Çiçek: Es gab den Putschversuch und die Verhaftungswelle, wir warten immer noch auf die Aufklärung der Ereignisse. Viele fragen sich, wann die unwiderlegbaren Beweise kommen, wer dahinter steckte. Es wurden viele Menschen entlassen, Lehrer und Professoren. Auch die Verhaftung von Journalisten, die immer kritisch waren – all das macht natürlich misstrauisch. Fragen: Erik Stecher

Schmähungen verbreitet

Erdogan-Anhänger kapern Twitter-Konten

Hacker haben im Konflikt um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in großem Stil Twitter-Konten gekapert und diese mit Nazi-Vorwürfen gegen Deutschland und die Niederlande geflutet.

BERLIN – Auch auf Dutzenden bestätigten Accounts mit Millionen an Followern fanden sich Nachrichten mit den Hashtags #Nazialmanya und #Naziholland, einem Hakenkreuz-Symbol und dem Satz „Wir sehen uns am 16. April“; an diesem Tag steht in der Türkei das Referendum über das vom Präsidenten Recep Tayyip Erdogan angestrebte Präsidialsystem an.

Das Einfallstor für die Hacker bot die zusätzliche App „The Counter“, mit der die Twitter-Konten verknüpft waren. Nur dadurch konnten sich die Hacker Zugang zu so vielen Accounts auf einmal verschaffen. Betroffen waren unter anderem die offiziellen Twitter-Auftritte von Borussia Dortmund und der Tennis-Legende Boris Becker, des TV-Entertainers Klaas Heufer-Umlauf, des Senders ProSieben, Amnesty International sowie des Magazins „Forbes“ und des Sängers Justin Bieber in Japan.

„The Counter“ ist eine Analyse-Anwendung, die zum Beispiel Retweets und Follower zählt – aber eben auch für die Profil-Besitzer Nachrichten bei Twitter platzieren konnte. Die Betreiber von „The Counter“ räumten ein, dass die App gehackt wurde und sperrten die Möglichkeit, bei Twitter zu posten. dpa

„Auch Deutschland hat eine Ehre“

Die Bundesregierung wehrt sich gegen Angriffe

Lautsprecher gegen Leisetreter: Lange war der Streit um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland ein ungleiches Duell, in dem nur eine Seite attackierte. Jetzt beginnt die Bundesregierung, sich zu wehren.

BERLIN – Nazi-Methoden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Unterstützung von Terroristen: Die Bundesregierung wurde von der türkischen Regierung übel beschimpft. Bisher lautete die Devise von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Keine Beteiligung an einem „Wettbewerb der Provokationen“. Jetzt macht ihr Kanzleramtminister Peter Altmaier klar, dass man sich nicht alles gefallen lassen wird. Er droht der türkischen Regierung.

► Warum gerade jetzt?

Die Verbalattacken haben eine neue Dimension erreicht. Präsident Recep Tayyip Erdogan griff die Bundeskanzlerin persönlich an. „Verehrte Merkel, Du unterstützt Terroristen“, sagte Erdogan. Und: „Schande über Dich!“

► Womit droht Altmaier?

Mit einem Einreiseverbot, so wie es die niederländische Regierung gegen türkische Wahlkämpfer verhängt hat. Die Bundesregierung hat bisher auf ein solches Verbot verzichtet. Dafür gibt es zwei Gründe: Sie fordert selbst von der Türkei Meinungsfreiheit und will nicht in den Verdacht geraten, diese Freiheit in Deutschland zu beschränken. Zudem geht die Regierung davon aus, dass ein Einreiseverbot Erdogan im Wahlkampf nutzt.

► Treffen diese Gründe jetzt nicht mehr zu?

Doch. Aber mit den persönlichen Angriffen auf Merkel scheint die Schmerzgrenze überschritten zu sein. „Die Türkei legt immer großen Wert darauf, dass die Ehre ihres Landes nicht verletzt wird. Auch Deutschland hat eine Ehre!“, sagt Altmaier.

► Hat die Bundesregierung schon vorher eine rote Linie gezogen?

Ja. „Es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten darf“, sagte Außenminister Sigmar Gabriel Anfang vergangener Woche nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu. Er meinte die Nazi-Vergleiche, die aufhören müssten.

► Hat sich die türkische Regierung davon beeindrucken lassen?

Nein. Cavusoglu verteidigte die Nazi-Vergleiche nur kurze Zeit später. Auch Erdogan denkt gar nicht daran, davon abzulassen. „Der Geist des Faschismus geht um in den Straßen Europas“, sagte er am Mittwoch. Der Konflikt mit den EU-Staaten nutzt ihm im Wahlkampf um die Verfassungsreform.

► Will er selbst in Deutschland auftreten?

Er behält sich einen solchen Auftritt vor. „Wenn ich will, dann komme ich auch“, sagte er vor einigen Tagen. „Und wenn Ihr mich nicht durch die Tür lasst oder mich nicht reden lasst, dann werde ich die Welt aufstehen lassen.“ Michael Fischer, dpa

Bis 2034 an der Macht?

Staatschef Recep Tayyip Erdogan will ein Präsidialsystem einführen. Über die Verfassungsreform wird am 16. April abgestimmt. Die wichtigsten der geplanten Änderungen:

► Der Präsident wird nicht nur Staats-, sondern auch Regierungschef. Das Amt des Ministerpräsidenten entfällt. Der Präsident darf künftig einer Partei angehören. Er wird nicht mehr vom Parlamentspräsidenten, sondern von einer vom Präsidenten zu bestimmenden Anzahl Vizepräsidenten vertreten. Der Präsident ist für die Ernennung und Absetzung seiner Stellvertreter und der Minister zuständig.

► Der Präsident kann zu Themen, die exekutive Regelungen betreffen, Dekrete erlassen, die mit Veröffentlichung im Amtsanzeiger in Kraft treten. Eine nachträgliche Zustimmung durch das Parlament ist nicht vorgesehen. Die Dekrete werden aber unwirksam, falls das Parlament zum Thema des jeweiligen Erlasses ein Gesetz verabschiedet. Keine Dekrete dürfen erlassen werden zu Themen, die Grund- und Persönlichkeitsrechte betreffen, oder die nach der Verfassung nur per Gesetz geregelt werden dürfen.

► Parlament und Präsident werden künftig am selben Tag für die Dauer von fünf Jahren vom Volk gewählt, erstmals am 3. November 2019. Die zeitgleiche Wahl erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der jeweilige Präsident über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Die Amtsperioden des Präsidenten bleiben auf zwei beschränkt. Die Zahl der

Abgeordneten steigt von 550 auf 600. Parlamentarische Anfragen gibt es nur noch schriftlich an die Vizepräsidenten und Minister.

► Neuwahlen können sowohl das Parlament als auch der Präsident auslösen, im Parlament ist dafür eine Dreifünftel-Mehrheit notwendig. In beiden Fällen werden sowohl das Parlament als auch der Präsident zum gleichen Zeitpunkt neu gewählt – unabhängig davon, welche der beiden Seiten die Neuwahl veranlasst hat.

► Die Amtszeiten des Präsidenten bleiben auf zwei beschränkt. Die Regierungspartei AKP hat aber eine Hintertür eingebaut: Sollte das Parlament in der zweiten Amtsperiode des Präsidenten Neuwahlen beschließen, kann der Präsident noch einmal kandidieren.

► Die Zählung der Amtszeiten würde unter dem neuen Präsidialsystem neu beginnen. Erdogan wäre also nach einem Wahlsieg 2019 in seiner ersten Amtsperiode. Mit der Hintertür (und bei entsprechenden Wahlerfolgen) könnte er theoretisch bis 2034 an der Macht bleiben.

► Der Präsident bekommt mehr Einfluss auf die Justiz: Im Rat der Richter und Staatsanwälte kann der Präsident künftig vier der 13 Mitglieder bestimmen, das Parlament drei weitere. Feste Mitglieder bleiben außerdem der Justizminister und sein Staatssekretär. Bislang bestimmen Richter und Staatsanwälte selbst die Mehrheit der derzeit noch 22 Mitglieder des Rates. dpa